

Newsletter Frauen- und Geschlechterpolitik November 2007

Die Weiterleitung sowie das Ausdrucken und Auslegen des Newsletters ist ausdrücklich erlaubt und gewünscht. Die Printvariante des Newsletter findet ihr auf der Seite des fzs http://www.fzs.de/themen/newsletter_frauen_geschlechterpolitik_archiv.

Ebenfalls ausdrücklich erwünscht sind Anregungen zu Themen für die kommenden Newsletter sowie Kritik und Rückmeldungen zum aktuellen Newsletter.

Veranstaltungshinweise aus euren Projekten, Hochschulen und Städten können jederzeit gern in den Newsletter aufgenommen werden.

Anregungen, Hinweise und Kritik an janett.schmiedgen@fzs.de

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und freue mich auf eure Anregungen.
Viele Grüße, Janett

Inhalt:

1. Frauenpolitik, Gender Mainstreaming und Gleichstellung
 - 1.1 Deutschlands Parteien und Gewerkschaften setzen frauenpolitische Schwerpunkte
 - 1.2 Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sind nicht geschlechtsneutral
 - 1.3 Menschenrechte sind Frauenrechte
 - 1.4 Tagungsbericht „Frauen in der Wissenschaft – Stieftöchter der Alma Mater?“
2. Homo- und Transsexuelle in Deutschland, Europa und weltweit
 - 2.1 Schwerpunkt: Homosexualität in den USA – Ein Schritt vor und drei zurück
 - 2.2 Der Kampf gegen Homophobie im Fussball
 - 2.3 Der Umgang mit Homosexualität im europäischen Vergleich
 - 2.4 Homo- und Transsexuelle im Iran
3. Kommentar: „Geist ist geil“ - Vom Boom studentischer Aktkalender
4. Dies und das
 - 4.1 Preisverleihungen
 - 4.2 Buch- und Linktipps
 - 4.3 Veranstaltungen

1. FRAUENPOLITIK, GLEICHSTELLUNG UND GENDER MAINSTREAMING

1.1 DEUTSCHLANDS PARTEIEN UND GEWERKSCHAFTEN SETZEN FRAUENPOLITISCHE SCHWERPUNKTE

Auf dem Hamburger Parteitag der SPD (26.-28. Oktober 2007) konnte durch die Initiative der Juso- und der ASF-Frauen (Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen) der symbolträchtige Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ aus dem 1989 verabschiedeten Berliner Programm erhalten bleiben. Innerhalb der Partei wurde dieser Satz kritisch diskutiert, da er einigen nicht mehr zeitgemäß genug erschien. Aber auch in diversen Foren wurden dieser Satz als Anlass genommen, um mal wieder seine ganzen sexistischen Vorurteile loszuwerden und die wildesten Szenarien von der nun anbrechenden Herrschaft der Frauen über die Männer wurden durchgespielt. Es ist wirklich schockierend, was Menschen über die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Grundgedanken des Feminismus denken bzw. wie gering und falsch das Wissen darüber ist. Es bleibt also noch viel zu tun, aber immerhin hat die SPD schon einen Anfang gemacht, indem sie die Gleichheit von Frau und Mann in ihrem obersten Parteiprogramm umgesetzt hat und dieses mit 8 Frauen und 8 Männer erstmals paritätisch besetzt wurde.

Neben dem Grundsatzprogramm wurden auch noch weitere Anträge behandelt. Im Leitartikel „Gute Arbeit“ bekannte sich die SPD zu verbindlichen Zielvorgaben, um die „beschämend“ geringe Anzahl von Frauen in Führungspositionen und in Aufsichtsgremien zu erhöhen. Auch die Forderungen nach einem gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie gleiche Löhne für gleiche Arbeit wurden erhoben. Auch ein Beschluss zur geschlechtergerechten Umgestaltung des Steuersystems wurde gefasst, damit es sich auch für verheiratete Frauen lohne, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen. Auch ein Antrag zur Gewährleistung der Chancengleichheit von Frauen in Bildung und Wissenschaft unter dem Titel „Zukunftsorientierte Studienfach- und Berufswahl von Frauen fördern – Jetzt umsteuern“ wurde verabschiedet. Erreicht werden soll dies durch verschiedene Maßnahmen wie die Aufnahme von Genderaspekten in die Berufsvorbereitung von PädagogInnen und die Verankerung einer gendersensiblen Didaktik im Schulbetrieb, aber auch die bundesweite Förderung der Mentoring-Projekten „von Frauen für Frauen“ sowie eine Verstärkung von Genderaspekten in der Bildungsforschung wurden genannt.

Der Bundesfrauenrat der Grünen hat ebenfalls auf seiner Sitzung am 27. und 28. Oktober 2007 in Berlin eine Leitlinie für „gleichstellungsorientierte und geschlechtergerechte Familienpolitik“ beschlossen, in der er sich klar gegen eine Reduzierung von Frauenpolitik auf Familienpolitik ausspricht. Forderungen der Grünen Frauen sind u.a. familienpolitische Entscheidungen im Vorhinein daraufhin zu überprüfen, ob sie der Geschlechtergerechtigkeit förderlich sind, d.h. Gender Mainstreaming auch auf Familienpolitik anzuwenden. Dies haben die Grünen Frauen getan und daher auch dem, von der CSU vorgeschlagene, Betreuungsgeld eine Absage erteilen. Das Betreuungsgeld sorgt eher dafür das Frauen Zuhause bleiben, als sich um eine eigenständige Existenzsicherung zu bemühen, was vor allem nach Änderung bei den Unterhaltsrecht fatale Folgen für Frauen haben kann, da sie nun weit mehr in die Pflicht genommen werden, ihren Lebensunterhalt nach der Scheidung selbst zu erwirtschaften. Aber auch das soziale Sicherungssystem war ein Thema auf dem Treffen. So werden neben der Einführung einer BürgerInnenver-

sicherung für Gesundheit, auch Mindestlöhne und die Erhöhung der Regelsätze auf das, von Wohlfahrtsverbänden errechnete, Existenzminimum von 420 € gefordert. Darüber hinaus setzen sich die Grünen Frauen auch für eine gesündere Weiblichkeit ein und fordern von der Regierung, dass sie sich bei große Modemarken dafür einsetzt, dass diese keine Werbekampagnen mehr mit untergewichtigen Models machen. Auch soll geprüft werden, ob ein Verbot von schlankmachenden Wunderpräparaten möglich ist.

Die CDU-Frauen trafen sich zum Bundesdelegiertentag der Frauen Union. Schwerpunkte waren dabei die Forderung an die Privatwirtschaft mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, Aber auch ein kritischer Blick in die eigene Partei fehlt nicht, so räumte Angela Merkel ein, dass der Frauenanteil mit 25 Prozent der CDU-Mitglieder zu gering sein und hier ebenfalls Handlungsbedarf bestünde. Weiterhin sprachen sich die CDU-Frauen für die Einführung des Straftatbestandes Zwangsverheiratung aus. Christa Stolle (Geschäftsführerin von Terre des femmes) begrüßte den Vorstoß, nannte ihn aber gleichzeitig halbherzig, da bei der Reform des Zuwanderungsgesetzes dieser Aspekt vernachlässigt wurde, denn noch immer verlören die von Heiratsverschleppung betroffenen ihren Aufenthaltstitel innerhalb von sechs Monaten. „Ohne ein vereinfachtes Rückkehrrecht für die Betroffenen ist der Kampf gegen Zwangsheiraten nicht zu führen.“ so Stolle.

Quelle: zwd (zweiwochendienst) Frauen Gesellschaft Politik, Ausgabe Oktober 2007 Nr. 248, Seite 3 bis 5 sowie Seite 20

Zu guten Letzt seien noch die gleichstellungspolitischen Bemühungen bei ver.di genannt, erstmals besteht der Bundesvorstand zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen. Allen Bestrebungen, die Mindestfrauenquote in der Satzung aufzuweichen, erteilten die Delegierten auf dem zweiten Bundeskongress der Gewerkschaft am 5. Oktober in Leipzig eine Absage. „Die Mindestfrauenquote

hat uns alle stärker gemacht – gegen die Arbeitgeber und gegen unsere wahren Gegner“, erklärte der Delegierte Jürgen Johann. An diesem Prinzip dürfe nicht gerüttelt werden, zumindest nicht in den nächsten 20, 30 Jahren.

Auch für die Gewerkschaftspolitik wurden gender- und familienrelevante Beschlüsse gefasst. So will sich ver.di verstärkt über Gesetzesinitiativen und in Tarifverhandlungen dafür einsetzen, dass RückkehrerInnen aus dem Erziehungsurlaub Anspruch auf ihren angestammten Arbeitsplatz haben, um ihnen den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Auch soll es Männern und insbesondere Frauen zukünftig möglich sein, vor, während und nach der Elternzeit in Teilzeit zu arbeiten. Allen Versuchen, die Abtreibungsparagrafen 218 und 219 StGB zu verschärfen, wollen die GewerkschaftlerInnen engagiert entgegenzutreten. Ver.di spricht sich gegen eine Pflichtberatung vor einem Schwangerschaftsabbruch aus und setzt sich stattdessen für eine Verbesserung der freiwilligen Beratung von Frauen ein. Darüber hinaus wird in Zukunft die Diskriminierungsfreiheit ein wesentlicher Schwerpunkt von Schulungsinhalten für Mitglieder in ver.di-Tarifkommissionen sein.

Quelle: zwd Frauen Gesellschaft Politik, Ausgabe Oktober 2007 Nr. 248, Seite 15

1.2 UMWELT- UND NACHHALTIGKEITSPOLITIK SIND NICHT GESCHLECHTSNEUTRAL

Das Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik nicht geschlechtsneutral sind, belegen Studien, welche im aktuelle Newsletter genaNews (September 2007) vorgestellt werden. So zeigen Bevölkerungsumfragen, dass Frauen höhere Anforderungen an Umweltpolitik stellen als Männer. Das forsa-Institut ermittelte in einer Befragung für den Bund für Umwelt & Naturschutz (BUND), dass 79% der Frauen gegenüber 61% der Männer die Meinung vertreten, dass die Bundesregierung mehr für den Klimaschutz tun sollte (dem widersprechen 26% der Frauen, 36% der Männer). Auch für ein Tempolimit von 120 km/h und einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie sprachen sich mehr Frauen als Männer aus, gegen die diesen Maßnahmen sind mehr Männer als Frauen.

Eine Studie des forsa-Institutes für den Discovery Channel offenbarte; deutlich mehr Frauen als Männer (17% versus 9%) wissen, dass fossile Brennstoffe bereits innerhalb der nächsten 10 Jahre knapp werden. Erstaunlich bis erschreckend ist die Tatsache, dass 20 Prozent weniger Frauen als Männer über die erneuerbaren Energien wie Wind- und Wasserkraft Bescheid wissen, sowie dass 18 Prozent der Frauen (versus 5 Prozent der Männer) angaben, keine der angeführten erneuerbaren Energien zu kennen.

Der genaNewsletter erscheint alle 3 Monate und kann **unter:**
<http://www.genanet.de/11.html> abonniert werden.

Auf den Seiten von genaNet wird Gender konsequent auf den Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit angewendet. Wie in den Umfragen gesehen sind Umweltbewusstsein und Umweltverhalten bei Männern und Frauen unterschiedlich ausgeprägt. Konsum- und Ernährungsverhalten sind ebenfalls verschieden. Viele Umweltchemikalien wirken auf männliche Organismen anders als auf weibliche. Auch Umweltrisiken werden von Männern und Frauen unterschiedlich wahrgenommen.

Auf der Seite des genaNet – Gender Umwelt Nachhaltigkeit (www.genanet.de) gibt es zahlreiche interessante Artikel zu den Themen

- Gender und Biodiversität
- Gender und Energie
- Gender und Klimaschutz
- Gender, Landwirtschaft und Ernährung
- Gender und Mobilität
- Gender und Nachhaltigkeit
- Gender, Umwelt und Gesundheit
- Gender und Wasser

Quelle: www.genanet.de

1.3 MENSCHENRECHTE SIND FRAUENRECHTE

Menschenrechte sind Frauenrechte so lautete das Motto der Konferenz von Migrantinnen für Migrantinnen, die am letzten Oktoberwochenende in Köln stattfand. Eingeladen hatte die „Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeu-

tung“ (agisra e.V.). Die Beratungs- und Informationsstelle unterstützt Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, die rassistisch diskriminiert werden durch parteiliche Beratung. Aber vor allem soll die öffentliche Wahrnehmung von Migrantinnen verändert und ihre Positionen in der Gesellschaft gestärkt werden.

Migrantinnen setzen sich seit langem für die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesundheitsversorgung, im Bildungswesen und als Bürgerinnen ein, da sie wegen ihrer Herkunft und als Frauen immer noch benachteiligt sind. Sie verstehen sich als Deutsche aber werden immer wieder als „Ausländerin“ behandelt. Daher geht es heute vielmehr darum, durch politische Arbeit nicht nur die Situation von Migrantinnen zu verbessern, sondern auch den Diskurs über Prozesse und Phänomene der Migration mit zu gestalten. Der Bedarf ist offenbar groß. Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Während viele PolitikerInnen Deutschland immer noch nicht als Einwanderungsland begreifen wollen und sich darauf beschränken, Arbeitsmigration, weil ökonomisch profitabel, zu regeln, steht für die Teilnehmerinnen der Konferenz längst fest, dass wir in einer vielfältigen Gesellschaft leben. Sie wissen: Der Weg zu gleichberechtigter Teilhabe von Migrantinnen bleibt steinig. Aber dennoch wollen Migrantinnen und Women of Colour verstärkt als fordernde Akteurinnen in Politik und Gesellschaft auftreten, sich einmischen und aktiv für Menschenrechte einsetzen.

Quelle: <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=11694>

1.4 TAGUNGSBERICHT „FRAUEN IN DER WISSENSCHAFT“

Die Tagung „Frauen in der Wissenschaft – Stieftöchter der Alma Mater“ fand am 2. und 3. November 2007 an der TU Dresden statt, organisiert wurde sie vom Institut für Geschichte und der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der TU Dresden.

Begonnen wurde mit mehreren interessanten Vorträgen zur Entstehung der ungleichen Teilhabe von Frauen und Männern am System Wissenschaft. Dabei wurde deutlich wurde, dass mit der zunehmender Institutionalisierung der Wissenschaften in Universitäten und Akademien, die Frauen zunehmend aus den Wissenschaften gedrängt. Vom Ende des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts kämpften Frauen um die Zulassung zum Studium, im Jahr 1908 konnte sich dann endlich Frauen immatrikulieren, während sie vorher oftmals nur als Gasthörerinnen an Vorlesungen teilnehmen durften.

Im zweiten Teil der Veranstaltung ging es um die aktuelle Situation von Frauen in der Wissenschaft, wobei deutlich wurde, dass mit jeder Stufe auf der wissenschaftlichen Leiter der Anteil von Frauen abnimmt. So sind etwa 50 Prozent der StudienanfängerInnen Frauen, bei den ProfessorInnen sind nur noch etwas 15 Prozent Frauen zu finden. Auch auf die Frage, warum sich denn so wenig geändert habe, gaben die ReferentInnen unterschiedliche Antworten. Neben der fehlenden Vorbilder, an denen sich Frauen bei einer wissenschaftlichen Karriere orientieren können, wurde auch das fehlen von Netzwerken bei Frauen genannt. Weiterhin wurde von den Ergebnissen einer Studie gesprochen, nach der sowohl Männer als auch Frauen dazu neigen, Männer häufiger zu überschätzen und Frauen eher zu unterschätzen. Die Tatsache, dass die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf nach wie vor größtenteils ein Frauenproblem ist und fehlende Betreuungsplätze wurden ebenso angesprochen, wie auch die Frage, ob die Struktur von Arbeit und Karriere den Lebensvorstellungen von Frauen überhaupt entspricht, d.h. ob die derzeitige Ar-

beitsstruktur, die von einem Alleinverdiener ausgeht, der eine Frau im Hintergrund hat, die ihm den Rücken bezüglich Haushalt und Familie freihält, noch genau so bei Zweiverdiener-Haushalten funktionieren kann.

Auch über Maßnahmen, mit denen eine gerechtere Teilhabe von Frauen in der Wissenschaft voran getrieben werden könnten, wurden diskutiert. Zielvereinbarungen bilden dabei die Kennziffern, an denen sich der Erfolg von Maßnahmen messen lassen kann. Als konkrete Maßnahmen wurde allgemein die Sensibilisierung für die Benachteiligung von Frauen genannt, aber auch die Intergration von Genderaspekten in Forschung und Lehre in allen Fächern. Weiterhin wurde der Aufbau und die Unterstützung von Netzwerken für Frauen genannt, aber auch die Solidarität zwischen den Frauen und Förderung von Frauen durch spezielle Mentoring-Programme.

Als Bilanz der Tagung kann festgestellt werden, dass das Problem der Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftssystem bei den meisten AkteurInnen bekannt ist. Auch gibt es einige Thesen, welche Gründe für die Benachteiligung nennen, allerdings gilt es hier weiter zu forschen, da diese längst nicht genügen, um das Phänomen der ungleichen Teilhabe von Männern und Frauen am Wissenschaftssystem zu erklären. Bei den Maßnahmen wurde einige genannt und bereits erprobt, hier gilt es zu überprüfen, ob mit den Maßnahmen die Erhöhung von Frauen im Wissenschaftssystem auf allen Ebenen erreicht wurde. Gegebenenfalls müssten Maßnahmen weiterentwickelt oder neu konzipiert werden.

2. HOMO- UND TRANSSEXUELLE IN DEUTSCHLAND, EUROPA UND WELTWEIT

2.1 SCHWERPUNKT: Homo- und Transsexualität in den USA – Ein Schritt nach vorn und drei zurück

USA-Senat beschließt Gesetz zu Schutz von Schwulen, Lesben und Bisexuellen am Arbeitsplatz. Kritik an dem Gesetz wurde von Homosexuellenverbände trotzdem angemeldet, da der Schutz von Transsexuellen aus dem Gesetz gestrichen wurde, aus Angst das Gesetz könnte im Ganzen nicht durchkommen.

Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7889

Doppelmoral wird bestraft

Ein Internet-Blogger outet US-Politiker, die über Schwule schimpfen und selbst eine Vorliebe für das eigene Geschlecht haben. Die meisten seiner «Opfer» sind Republikaner.

Quelle: http://www.2omin.ch/unterhaltung/news_bizarre/story/11055534

Der US-Berufsverband The American Academy of Pediatrics (AAP) hat neue Richtlinien beschlossen, in denen er Kinderärzte auffordert, zur Verhinderung von Selbstmorden auf Zeichen von Homosexualität unter Teenagern zu achten. Grund dafür ist die Tatsache, dass unter 15- bis 19-Jährigen Suizid die dritthäufigste Todesursache ist und besonders häufig Jugendliche zu den Betroffenen gehören, die mit ihrer Homosexualität nicht

zurechtgekommen sind.

Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7745

Insbesondere in den Kirchen wird die Anerkennung von Homosexualität immer noch bekämpft. Dabei stehen die eher liberalen Kirchen Nordamerikas, Europas und Australiens den konservativen Strömungen aus Afrika und Asien gegenüber. Wie sich bei der alle zehn Jahre stattfindenden Lambeth-Konferenz in London zeigte. Auf Druck der Landeskirchen Afrikas wurde der homosexuelle Bischof Gene Robinson (USA) nicht eingeladen.

Quelle:

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=6964&PHPSESSID=6f50b16b2fb1-fe479coef997b615c246

Aber auch in Teilen der Glaubensgemeinschaften gibt es Fortschritte. Neben den anglikanischen Diözesen der kanadischen Provinzen Québec und Ottawa, hat auch die Diözese im US-Bundesstaat Kalifornien mit überwältigender Mehrheit beschlossen Homo-Paare künftig zu segnen.

Quellen:

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7798&PHPSESSID=6f50b16b2fb1-fe479coef997b615c246

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7769&PHPSESSID=6f50b16b2fb1-fe479coef997b615c246 (Kanada)

Ebenfalls in Kalifornien legte Gouverneur Schwarzenegger sein Veto gegen die Homo-Ehe ein, eine eingetragene Partnerschaft soll aber auch hier geben. Als Grund für seine Ablehnung gab er eine im Jahr 2000 durchgeführte Volksabstimmung an, in der die Mehrheit der WählerInnen für die ausschließliche Gültigkeit der Ehe zwischen Mann und Frau gestimmt hatten.

Quelle: <http://www.zeit.de/news/artikel/2007/10/13/2399049.xml>

Aber auch ganz andere bizarre Szenen spielen sich in San Francisco (Kalifornien) ab. Im Oktober 2007 sorgte mehrere Wochen lang der Fall von Erzbischofs George Niederauer für Aufregung in der katholischen Kirche. Denn der besagten Erzbischof Niederauer hatte zwei Vertretern der Homo-Organisation „Schwestern der ewigen Ausschweifung“ die Kommunion gespendet, was sich zu einem ausgewachsenen Skandal entwickelte. Um eine Entschuldigung des Erzbischofs zu erzwingen, wurde das Thema bis in die US-Talkshow ‘The O’Reilly Factor’ getragen. Die Show ist die populärste Sendung des wichtigen, rechtsgerichteten US-Fernsehsenders ‘Fox News Channel’.

Quelle: <http://www.kreuz.net/article.6022.html>

Und noch eine skurrile Nachricht aus den USA. In der evangelisch-methodistischen Kirche der USA ist eine Geschlechtsumwandlung kein Hinderungsgrund um das Amt eines/einer Geistlichen auszuüben. Homosexuelle hingegen dürfen dort allerdings nach wie vor nicht als PastorIn tätig sein.

Quelle:

[http://www.idea.de/index.php?id=917&tx_ttnews\[tt_news\]=58835&tx_ttnews\[backPid\]=18&cHash=5a12deecfb](http://www.idea.de/index.php?id=917&tx_ttnews[tt_news]=58835&tx_ttnews[backPid]=18&cHash=5a12deecfb)

2.2 DER KAMPF GEGEN HOMOPHOBIE IM FUSSBALL

Verbale Attacken und Vorurteile gegen Schwule und Lesben gehören zum Fußball wie Netzer und Delling. Damit dies nicht so bleibt, fand am 12. Oktober 2007 in Berlin der erste Aktionsabend homosexueller Fans statt, auf der eine Erklärung „Gegen Diskriminierung im Fußball“ auf den Weg gebracht werden wurde. FußballspielerInnen sollen sich endlich outen können, ohne um ihre Karriere fürchten zu müssen. Bisher hatte das nur 1990 der Engländer Justin Fashanu gewagt, er wurde darauf entlassen und erhängte sich später. Dennoch brauchte es noch zehn Jahre bis zumindest auf dem Papier die Diskriminierung wegen sexueller Orientierung in England im Jahre 2001 verboten wurde. Wer schwulenfeindliche Parolen ruft, muss nun mit Stadionverbot und Bußgeldern rechnen.

Ein Ergebnis des Aktionsabends ist, dass der Deutsche Fussball-Bund (DFB) sich daran macht, die Stadionordnungen in Deutschland so zu überarbeiten, dass Diskriminierung jeder Art geächtet werde – somit könnten auch bald schwulen- und lesbenfeindliche Äußerungen aus der Fankurve bestraft werden.

Auch wurden herausgestellt, dass die Anerkennung von Homosexualität und den Abbau von Homophobie im Fussball beschleunigt werden könnte, wenn sich Topstars im deutschen Fußball wie Michael Ballack oder Miroslav Klose klar gegen Homophobie aussprechen würden. Von den Vorzeigekickern traut sich allerdings keiner, zu dem Thema explizit Stellung zu nehmen - in der Angst, dann sofort selbst als schwul gebrandmarkt zu werden und seine Karriere dadurch zu gefährden. Wehmutstropfen des Aktionsabends war, dass die meisten Profivereine der Veranstaltung fernblieben, allerdings gerade diese für Aktionen gegen Homophobie gewonnen werden müssen.

Quellen:

<http://www.spiegel.de/sport/fussball/o,1518,510756,00.html>

http://www.welt.de/sport/article1260286/Steilvorlage_fuer_ein_Leben_ohne_Geheimnisse.html

<http://www.spiegel.de/sport/fussball/o,1518,511285,00.html>

<http://www.jungewelt.de/2007/10-12/057.php>

2.3 DER UMGANG MIT HOMOSEXUALITÄT IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Während die einen sich aktiv für den Abbau von Homophobie in der Schule einsetzen, verbannen andere das Thema Homosexualität völlig aus ihren Schulen. Der sehr unterschiedliche Umgang mit Homosexualität in Europa soll im folgenden an einigen Beispielen dargestellt werden.

ÖSTERREICH: Mit einem Aufklärungspaket zum Thema Homosexualität wollen SPÖ und Grüne an Wiener Schulen eine aufgeschlosseneres Klima gegenüber allen Lebensentwürfen schaffen. Neben Fortbildungen für LehrerInnen der Geschichte, Deutsch, Englisch und Biologie wird vor allem auf die Integration von lesbischen und schwulen Themen in den Unterricht gesetzt. "Wenn man vom Zeitalter des Nationalsozialismus spricht, von den vielen Opfern erzählt, aber die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus verschweigt, dann gibt es ein Problem", so Marco Schreuder, Gemeinderat der Wiener Grünen.

Zudem soll es künftig in jeder Wiener Schulbibliothek homosexuellen Literatur und Ratgeber geben. Geplant ist auch eine von Schülern und Schülerinnen gestaltete Ausstellung zum Thema.

Quelle: <http://wien.orf.at/stories/228271/>

SCHWEIZ: Bei den Nationalwahlen in der Schweiz Mitte Oktober 2007 traten mehr schwule und lesbische KandidatInnen an als je zuvor, bislang waren nur zwei der 200 Nationalräte und Nationalrätinnen offen homosexuell. 22 von 29 KandidatInnen gehören dem linken Spektrum an. Allerdings gibt es auch 2 KandidatInnen im rechten Lager, was nicht ganz ohne schizophrene Nebeneffekte vonstatten geht. Thomas Fuchs von der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) ordnet Homo-Politik in seinem Themenspektrum als eher nachrangig ein und unterstützt die SVP-Linie, Schwulen und Lesben die Adoption von Kindern zu verbieten.

Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7767

LICHTENSTEIN: Erste Erfolge gibt es von einer großangelegten Postkarten- und Öffentlichkeitskampagne der Homosexuellen-Initiative Flay zur Einführung von registrierten Partnerschaften für Homosexuelle zu vermelden. Auf der Sitzung des Landtages wurde der Regierung der Auftrag gegeben einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Quellen:

<http://www.flay.li/modules.php?name=News&file=article&sid=21>

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7753

POLEN: Bildungsminister Roman Giertych macht Millionen von Schwulen und Lesben das Leben zur Hölle. Zukünftig soll an Polens Schulen nicht mehr über Homosexualität geredet werden und auch Aids-Aufklärung rückte er in die Nähe der "Schwulenpropa-

ganda", die vor allem vom bösen Ausland gesteuert werde.

An Polens Schulen herrscht eine Atmosphäre der Angst – vor allem unter liberal eingestellten Lehrern. Wer auch nur den Anschein macht, Homosexualität nicht für das schlimmste Vorkommnis seit der biblischen Vertreibung aus dem Paradies zu halten, riskiert seinen Job. Den jugendlichen Schülern wird Schwulenhass von Amtswegen eingetrichtert.

Giertych hat ohnehin eigene Ideen, was mit Schwulen geschehen soll: Einmal sagte er, sie sollten in "Umerziehungslager" geschickt werden. Wie sich an seiner Vergangenheit zeigt, ist Giertych Überzeugungstäter: Als 18-Jähriger gründete er in Posen die rechtsextremistische "Allpolnische Jugend", die besonders gegen Juden und Schwule agitieren und regelmäßig CSD-Teilnehmer einschüchtern und zusammenschlagen, während sie "Homos ins Gas" grölen. Doch Schwule können sich auch außerhalb der CSD-Saison nicht vor den kurzgeschorenen jungen Männern der Organisation sicher fühlen: Sie lauern Homosexuellen vor Kneipen oder in Parks auf, prügeln ohne Vorwarnung auf sie ein, wie Opfer immer wieder berichten.

2001 war er Mitbegründer der Partei "Liga polnischer Familien", die alles Unkatholische und Unpolnische bekämpfen will. Zu beiden Gruppen gehören natürlich allen voran wieder Schwule. In der turbulenten Phase der letzten Jahre, in der es vielen Polen wirtschaftlich immer schlechter ging, erreichte seine Partei bei Parlamentswahlen rund 8 Prozent der Stimmen, bei der Europawahl kam sie sogar auf 16 Prozent. Doch der Höhenflug scheint erst einmal beendet: Seine "Liga polnischer Familien" steht mit dem Rücken an die Wand. Meinungsumfragen zufolge würde sie klar an der Fünfprozenthürde scheitern und damit den Einzug in die Sejm verpassen – und das trotz einer noch nie dagewesenen Kampagne, in der gegen alles Stimmung gemacht wurde, was Ressentiments unter einfach gestrickten Wählern und WählerInnen schüren könnte: Da geht es gegen Deutschland, die Abtreibung und vor allem gegen die Schwulen.

Quelle: http://www.queer.de/meinung_homogurke_detail.php?article_id=6957&PHPSESSID=7dc4fb265afbd8154afd1223c57c2448

DEUTSCHLAND: Hier hat erst kürzlich das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass keine Pflicht besteht, Hetero- und Homoehe gleichzubehandeln, da der Schutz der Ehe Vorrang hat. Dennoch appellieren die Grünen an Schäuble und die SPD-Fraktion auf die Gleichstellung von Bundesbeamten hinzuwirken. Die Reform des öffentlichen Dienstrechtes müsse die Diskriminierung schwuler und lesbischer Beamter beenden. Noch immer werden Homo-Paare unter anderem bei Hinterbliebenenversorgung und bei der Besoldung benachteiligt. Unverheiratete Angestellte mit Partnerschaft sind dagegen bei Rente, Krankenversicherung und Entlohnung längst Eheleuten gleichgestellt. "Es gibt keinen sachlichen Grund, homosexuelle Beamtinnen und Beamte hier schlechter zu behandeln. Schließlich übernehmen Eingetragene Lebenspartner die gleichen gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen wie Eheleute", erklärten der Parlamentarische Geschäftsführer Volker Beck und die innenpolitische Sprecherin Silke Stokar der Grünen. Aber auch gegenüber dem hessischen Ministerpräsidenten Koch wird Kritik laut, da dieser vor einiger Zeit das intensive Einbringen von schwulen und lesbischen Interessen als „Homo-Kult“ bezeichnete. Die Grünen fordern, er solle sich für gleiche Rechte für Homosexuelle in den Verhandlungen zum Erbschaftssteuerrecht stark machen, statt sich wie bisher für eine stärkere Benachteiligung von Schwule und Lesben gegenüber von Hete-

ro-Paare einzusetzen

Quellen:

[http://www.taz.de/index.php?id=digi-
artikel&no_cache=1&ressort=in&art=5994&src=GI&cHash=c47bc23eb4](http://www.taz.de/index.php?id=digi-
artikel&no_cache=1&ressort=in&art=5994&src=GI&cHash=c47bc23eb4)

http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7776

[http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7514&PHPSESSID=77d-
de87d9331307f40af460b7541f2fd](http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7514&PHPSESSID=77d-
de87d9331307f40af460b7541f2fd)

2.4 HOMO- UND TRANSSEXUELLE IM IRAN

Sehr viel Gelächter ernte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad auf der UN-Vollversammlung als er verkündete „Bei uns gibt es keine Homosexuellen“. In der aktuellen Ausgabe des Cicero wird berichtet wie es tatsächlich um den Umgang mit Homo- und Transsexuellen sowie die Sexualmoral im Allgemeinen bestellt ist. Zum einen werden die Ungerechtigkeiten der Rechtssprechung zwischen Männern und Frauen thematisiert, besonders deutlich wird dies am Beispiel einer Frau, die ihre zwei Vergewaltiger verklagt hat. Als Strafe erhielt die Frau 100 Schläge und ihre Vergewaltiger wurde zu lediglich zu jeweils 30 Schlägen verurteilt. Im Iran wird Homosexualität unter schwere Strafen gestellt, Transsexuelle hingegen können sich recht problemlos einer Geschlechtsumwandlung unterziehen, da Khomeini eine Fatwa erlassen hat, die besagt, dass Transsexualität mit dem Koran vereinbar sei.

Quelle: http://www.cicero.de/97.php?ress_id=1&item=2183

Aber auch die Emma widmet sich in ihrer aktuellen Ausgabe dem Thema Homosexualität. Der Artikel zum Umgang mit Homosexuellen im Iran „Steinigung wg. Homosexualität“ findet ihr **unter:**

http://www.emma.de/steinigung_wg_homosexualitaet_2007_6.html

Uganda: Ähnlich erschreckend sind die Aussagen des führenden islamischen Rechtsgelehrten Scheich Ramathan Shaban Mubajje in Uganda, der dem ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni vorschlug, alle Homosexuellen des Landes auf eine unbewohnte Insel im Victoriasee zu verbannen, auf der sie sterben sollen. "Wenn sie alle auf der Insel sterben, haben wir keine Homosexuelle mehr in unserem Land" so die naive Erklärung des Scheichs. Auch wies er darauf hin, dass wenn Homosexualität toleriert werden, dies zu einem unaufhaltsamen moralischen Verfall führe.

Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7768

3. KOMMENTAR: „Geist ist geil“ - Vom Boom studentischer Aktkalender

„Geist ist geil“ so heißt der Dresden Aktkalender in dem sich 12 weibliche und 12 männliche Studierende aus Dresden haben ablichten lassen und der nun auch vom StuRa der TU Dresden vertrieben wird. Ein Antrag vom Verkauf der Kalender abzusehen, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und so zierte er nun die Wand des Servicebüro des StuRa.

Auch die Hochschule Mittweida in Sachsen hat ihrer eigenen Hochschulkalender, in dem 12 Studentinnen posieren und der vom StuRa der Hochschule Mittweida unterstützt wird. Wie in einem Artikel zum Kalender steht, gibt ab jetzt „für männliche Studenten [...] einen ganz besonderen Anreiz sich an der Hochschule Mittweida einzuschreiben.“ (und für Studentinnen einen guten Grund nicht dort zu studieren – Anmerkung der Autorin). Ein interessanter Punkt dabei ist, dass die Zahl weiblicher Studierender in Sachsen rückläufig ist, ob dieser Trend mit einem Aktkalender für Studenten entgegengewirkt werden kann, ist fraglich. Aber das war wohl auch nicht die Intention.

Im Allgemeinen nimmt Sachsen allerdings keine Vorreiterrolle bei der Produktion studentischer Aktkalender ein. Angefangen hat wohl alles im bayrischen Deggendorf, dort ließen bereits 2003 18 Studenten und Studentinnen ihre Hüllen fallen. Danach fanden sich in ganz Deutschland viele Studierende, die das Projekt nachahmenswert fanden. Ob nun zur Verbesserung des Literaturbestand ihrer Bibliothek (SportstudentInnen der Uni Bremen) oder zum Protest gegen schlechte Studienbedingungen wie an der Uni Bamberg. In diesem speziellen Fall sollte die Gewinne aus dem Verkauf der Kalender der Uni zugute kommen, diese lehnte allerdings mit der Begründung „Man wolle die Kommerzialisierung des nackten Körpers nicht befürworten, auch wenn sie einem guten Zweck diene.“ ab.

Aber auch die Magdeburger Studierenden machte sich mit Unterstützung der Studentenrates der Universität Magdeburg an eine eigenen Kalender, mit dem sie die integrative Kindereinrichtung Arche Noah unterstützten wollten. Wo der Zusammenhang zwischen integrativer Pädagogik und der Präsentation nackter Körper steht, bleibt dabei offen. Und auch die TU Clausthal fertige im vergangenen Jahr ein Aktkalender an, um das AstA-eigene Kino zu unterstützen.

Meine Aufzählung ist sicher nicht vollständig (diesen Anspruch habe ich auch nicht), aber sicher ausreichend um die Verbreitung studentischer Aktkalender zu illustrieren. Ich frage mich ernsthaft, warum Studierende und vor allem Studierendenvertretungen so etwas unterstützen? Sollte Angestellten das am Arbeitsplatz widerfahren, kann man sich mittlerweile über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (auch als Antidiskriminierungsgesetz bekannt) dagegen wehren, das das Anbringen von pornographischen Darstellungen (Kalender, Bildschirmschoner, Mauspads, etc.) verbietet. Ob dieses Gesetz auch anwendbar ist, wenn ich die Angebote meiner Studierendenvertretung nutzen möchte und dann durch sexistische Darstellungen belästigt werde, ist unklar.

Eigentlich finde ich es traurig, dass auch Studierendenvertretungen glauben, nur noch mit Sex ihre Botschaften verkaufen zu können. Obwohl ... eigentlich enthalten diese Kalender keine Botschaft. Wie wird denn der Protest gegen schlechte Studienbedingungen in den Bilder deutlich bspw. der Uni Bremen deutlich? Dort stehen, sitzen und liegen lediglich StudentInnen in mehr oder weniger erotischen Posen herum. Wo ist der Zusammenhang mit den schlechten Studienbedingungen? Aber auch Assoziationen zwischen nackten rodelnden Studenten und einem Kino wollen mir so gar nicht kommen.

Meiner Ansicht nach ist der Boom der studentischen Aktkalender in den allgemeinen

Trend der voranschreitenden Sexualisierung des Alltages einzuordnen. Dieser ist in allen Bereichen der Gesellschaft zu beobachten, der Zwang zur „sexyness“ verbunden mit den dazugehörigen Schönheitsidealen ist allgegenwärtig, vor allem in den Printmedien, in Fernsehen und Internet. Permanent werden wir mit überwiegend (halb)nackte Frauen überschwemmt. Wen wundert es dann, dass sich ein ähnliches Bild auch an Hochschulen zeigt und auch Aktkalender ganz großzügig zu den Aufgaben der Studierendenschaft gezählt werden. Dabei gibt es doch ganz andere Probleme, denen sich studentische VertreterInnen zuwenden können. Der aktiven Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen wird nicht genügend getan, indem beide Geschlechter unbekleidet abgelichtet werden. Stattdessen wäre es sinnvoller, dass Studierendenvertretungen sich beispielsweise dafür einsetzen, das Lehr- und Lernklima an Hochschulen zu verbessern. Nach wie vor berichten StudentInnen davon, dass sich in Vorlesung zahlreiche Studenten nackte Frauen auf ihrem Laptop anschauen oder Dozenten deutlich machen, dass sie Frauen für unfähig halten bestimmte Fächer zu studieren. Diese vor allem für Frauen unangenehmen Situationen, die sich nachhaltig auf das Wohlbefinden und damit ihre Leistungsfähigkeit auswirken können, sollten von Studierendenvertretungen bekämpft werden. Mit einer Sensibilisierung für und den Kampf gegen latenten und offenen Sexismus wird dem Auftrag der Studierendenschaften, die sozialen Angelegenheiten der StudentInnen zu vertreten, wohl mehr genügend getan als mit der Produktion und Unterstützung von Aktkalendern.

Quellen: www.spiegel.de; wenn ihr unter den Stichwörtern: Aktkalender und Studenten schaut, bekommt ihr eine ganze Reihe von Artikeln zum Thema

4. DIES UND DAS

Frauenförderung auch in Imkervereinen ein Thema

Im hessischen Kirchheim ist man stolz auf die hohe Frauenquote und die erfolgreiche Integration von ausländischen MitbürgerInnen.

Quelle: <http://www.teckbote.de/region/lokales/Artikel1291889.cfm>

Holland will Homorechte in Entwicklungsländern fördern

Die Niederlande hat ihre Botschafter in Entwicklungsländern angewiesen, sich für Homo-Rechte einzusetzen und zu prüfen, ob die Verknüpfung von finanziellen Mittel mit dieser Forderung verbunden werden kann.

Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7891

Dumbledore ist schwul – Fans sind begeistert

Auf die Frage eines Fans, ob Dumbledore, Schulleiter des Zauberer-Internats Hogwarts

und mächtiger Mentor des jungen Harry Potter, jemals verliebt gewesen sei, verkündete J.K. Rowling auf einer Lesung in New York, ja aber in einen anderen Zauberer, sie habe ihn sich immer homosexuell vorgestellt. Als die Fans daraufhin in langen Beifall ausbrachen, sagte die Schriftstellerin: "Hätte ich gewusst, dass Euch das so glücklich macht, hätte ich das schon vor Jahren verkündet."

Quelle: http://www.queer.de/news_detail.php?article_id=7745

4.1 PREISVERLEIHUNGEN

Im Bereich Literatur wurden in diesem Jahr zwei Frauen ausgezeichnet.

Der Literatur-Nobelpreis 2007 ging an die britische Schriftstellerin Doris Lessing, der Roman „Das goldene Notizbuch“ von 1962 wurde zum Kultbuch des Feminismus. Doris Lessing, dazu befragt, wies dieses Ansinnen allerdings schroff zurück: "Es hat mich immer irritiert, dass das Goldene Notizbuch die Bibel der Womens's Lib geworden ist, denn ich wollte keinen feministischen Essay, sondern über das Leben von Frauen schreiben. Die Leute glauben immer noch, dass es ein politisches Manifest war. Das ist nicht der Fall. Ich mochte den Feminismus in den 60er und 70er Jahren nicht und ich mag ihn auch heute nicht."

Quelle:

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?sid=c7e8c437a478471f17d8d5261ebea5e0&em_cnt=1224330

<http://www.weltwoche.ch/artikel/?AssetID=17543&CategoryID=95>

Den Deutsche Buchpreis 2007 erhielt Julia Franck für ihr Buch „Mittagsfrau“. Der Roman der 37-jährigen Franck spielt vor dem Hintergrund zweier Weltkriege. Zentrale Figur des Romans ist die Halbjüdin Helene, die viele Schicksalsschläge hinzunehmen hat und daran zerbricht. Auch die Liebe ihres Sohnes hilft ihr nicht; sie verlässt ihn schließlich. "Das Buch überzeugt durch sprachliche Eindringlichkeit, erzählerische Kraft und psychologische Intensität. Ein Roman für lange Gespräche", begründete die Jury ihre Entscheidung.

Quelle: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2813642,00.html>

4.2 BUCH- UND LINKTIPPS

LINKTIPPS

LITERATURLISTE ZU GENDERTHEMEN

Eine recht umfangreiche Literaturliste zu Themen wie Gender Mainstreaming, Gender

Budgetierung, Frauen-, Männer- und Geschlechterforschung, Feminismus, Geschlechterdemokratie etc. hat die Bundeszentrale für politische Bildung unter www.bpb.de Themen – Gesellschaft – Gender Mainstreaming – weiterführende Literaturliste zusammengestellt.

Link: http://www.bpb.de/die_bpb/F733YC,o,Weiterf%FChende_Literatur.html

Broschüre zum geschlechtergerechten Formulieren

Link: <http://www.frauensprache.com/sprachleitfaden.pdf>

BUCHTIPPS

Theo Dorn: Die neue F-Klasse

In elf spannenden Interviews spricht Thea Dorn mit Frauen über Männer und Frauen, Kinder und Karriere, Politik und Gesellschaft. Zu den Interviewten gehören Seyran Ate (Anwältin und Frauenrechtsaktivistin), Vera Bohle (Expertin für Kampfmittelbeseitigung), Sarah Wiener (Gastronomin und TV-Köchin), Maybritt Illner (TV-Moderatorin), Silvana Koch-Mehring (Politikerin) und noch fünf weitere Frauen. Das Buch ist auf spannende Weise spannend, genau das richtige für dunkle Herbst- und Winterabende. Bei eine Tasse Tee kann man/frau gemütlich in den Interviews schmökern und Einblicke in die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Frauen gewinnen.

Die neue F-Klasse wurde ebenfalls von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht (Schriftenreihe Band 604) und kann dort für 4 € bestellt werden

Annette Pehnt: Mobbing, Piper Verlag

Interview mit der Autorin:

<http://www.spiegel.de/kultur/literatur/o,1518,514650,00.html>

Kittredge Cherry: Jesus in Love

Der in Amerika sehr umstrittene Roman über einen bisexuellen Jesus ist jetzt in der deutschen Übersetzung erschienen: Was, wenn Jesus wusste, wie es ist, anders zu sein?

http://www.presseportal.de/pm/68853/1079175/edition_euqor

4.3 VERANSTALTUNGEN

16. bis 18. November 2007 Geschäftsstelle des fzs e.V. in Berlin

Ausschuss Frauen- und Geschlechterpolitik mit dem Schwerpunkt Gender Mainstreaming

http://www.fzs.de/termine/event_303.html

7.-9.12.2007 Akademie Waldschlösschen Rheinhausen bei Göttingen

Queer Theory - einmal queer gelesen. Ersetzt ein Wort alle schwule oder lesbische Wirklichkeit?

<http://www.queer-nations.de/media/Anmeldung?.pdf>

18. Dezember 2007 9:30 – 16:00 Uhr Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin

Fachtagung "Neue Zeiten für die Gleichstellung? Zeitpolitik aus der Gender-Perspektive"

<http://www.genderkompetenz.info/aktuelles/fachtagungen/zeitpolitik/>